



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
31. Sitzung des Ausschusses für Soziales.

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.03.2023
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:50 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Dr. Marek Lengen - SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Aydin Candan - SPD

Michelle Akyurt - CDU

Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende

bis TOP 7.1; 18.10 Uhr

Sandra Odendahl - SPD

Dr. Werner Vieler - AfD

bis TOP 7.1; 18.10 Uhr

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Nil Gersdorf - CDU

Vertretung für: Herrn Dr. Carsten Grohmann

André Pätou - CDU

Vertretung für: Herrn Henning Stabe

Natalie Beisiegel-Röhl - FDP

Vertretung für: Herrn Dr. Axel Walther

Volker Krause - BfL

Andreas Müller - DIE LINKE

Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Volker Nehrhoff - CDU

bis TOP 11.1, 18.45 Uhr

Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL

Mara-Lena Zeplin - fraktionslos

Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht

Marco Sander - Fraktion 21

Vertretung für: Frau Anka Grädner
Stellvertr. Fraktionsvorsitzende**Beiratsmitglieder**

Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion

Thomas Rathcke - FDP-Fraktion	
Verwaltung	
Daniel Blank - FBC FB 2	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung	ab TOP 7.4; 18.00 Uhr
Norma Meyer - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 3.5; 16.55 Uhr
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	- entschuldigt -
Henning Stabe - CDU	- entschuldigt -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Axel Walther - FDP	- entschuldigt -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	- entschuldigt -
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Beirat für Senior:innen	-entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2022	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.01.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Fraktion ²¹ Anfrage AM Marco Sander: Fragenkatalog zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / SeniorInneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (Teil 3)	VO/2023/11945
3.2	Anfrage des AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umsetzungsstand Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderungen	VO/2023/11967
3.3	Anfrage Frau Akyurt: Sachstand HGH	
3.4	Informationen zur Wohngeldreform	
3.5	Informationen zum Mietspiegel	
4	Berichte	
4.1	Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein für soziale Angelegenheiten	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	DIE LINKE: Hilfsfonds für nicht selbstverschuldeten Energieschulden	VO/2023/11798
6.2	DIE LINKE: Einführung eines Sozialtickets in der Hansestadt Lübeck für bedürftige Personen	VO/2023/11903
6.2.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2023/11903 DIE LINKE: Einführung eines Sozialtickets in der Hansestadt Lübeck für bedürftige Personen	VO/2023/11903-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Dringlichkeitsantrag AM Andreas Müller: Aufhebung eines Bürgerschaftsbeschlusses	VO/2023/11840
7.2	Kurzfristiger Ersatz zum Heiligen Geist Hospital	VO/2023/11860

7.3	AT - AM Michelle Akyurt (CDU), AM Dr. Grohmann (CDU), AM Henning Stabe (CDU), AM Volker Nehrhoff (CDU): Koordinierungsstelle für einen Wohnungstausch/-wechsel Groß gegen Klein	VO/2023/11953-01
7.4	AT - Dringlichkeitsantrag AM Dr. Grohmann (CDU), AM Akyurt (CDU), AM Stabe (CDU), AM Nehrhoff (CDU), AM Müller-Lornsen (Bü90/Grüne): Informationen über aktuellen Umsetzungsstand "Weiterbetrieb HGH"	VO/2023/11970-01
7.5	AM Andreas Müller (DIE LINKE): vorläufige Wohngeldbescheide	VO/2023/11828
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende berichtet, dass die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein – Frau El Samadioni- Ihre Teilnahme abgesagt hat und TOP 4.1 entfällt.

Ferner erklärt er, dass der TOP 7.2 bereits in der Sitzung am 17.11.2022 auf der Tagesordnung war und aufgrund eines Büroversehens hier erneut eingestellt wurde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

Unter TOP 6.2.1. ist ein kurzfristiger Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nachgereicht worden.

Ferner lässt er über die Dringlichkeitsanträge abstimmen.

Hierzu erklärt Herr Müller, der Antrag unter TOP 7.1 sei fristgerecht eingegangen und kein Dringlichkeitsantrag. Hier wurde versehentlich der Antrag als Dringlichkeitsantrag benannt.

Frau Akyurt erklärt, dass jedem die Dringlichkeit dieses Antrages unter TOP 7.4 bewusst sein sollte.

Herr Voht erinnert daran, dass bereits eine Zusage zu regelmäßigen Berichten gegeben wurde.

Frau Senatorin Steinrücke führt aus, das dem Ausschuss bereits zugesagt wurde, dass laufend die Sachstände mitgeteilt werden, es aber aktuell noch keinen neuen Sachstand gibt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Dringlichkeit der Vorlage unter TOP 7.4 abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen die Dringlichkeit des Antrags.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen. Für den nichtöffentlichen Teil werden Herr Blank, Frau Timmermann, Frau Schwartz sowie Herr Kewitz von der Verwaltung als Teilnehmende zugelassen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Fassung mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.01.2023

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Fassung mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltungen beschlossen

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Fraktion21 Anfrage AM Marco Sander: Fragenkatalog zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / SeniorInneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (Teil 3) Vorlage: VO/2023/11945

Herr Sander erneuert seinen Appell an die Anwesenden, dass man der Pflege und Gesundheitsversorgung eine größere Bedeutung geben sollte. Es sind in der Stadt dort bereits große Probleme und diese Tätigkeitsfelder sollten eine andere Priorität bekommen.

Er betont, dass der Standort Lübeck mit dem UKSH eine deutschlandweit besondere Position hat und dieses auch nutzen sollte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Vorbemerkung:

1. "80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt. Aber die Zahl der Heimplätze und ambulanten Versorger nimmt zu - und damit der Bedarf an Personal. Ermöglichen muss die Gesellschaft beide Modelle.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig. Zum einen leben die Menschen länger, zum anderen verschiebt sich aufgrund des Geburtenrückgangs seit den 1970er-Jahren auch die Altersverteilung der Bevölkerung zugunsten der Älteren. Das führt dazu, dass nicht nur der Pflegebedarf wächst, sondern auch die Nachfrage nach qualifizierten Kräften ["Personal" anstatt "Kräfte"; Anm. des Verfassers], die die zumeist Hochbetagten versorgen. (...) Vier von fünf der 4,1 Millionen Pflegebedürftigen leben in den eigenen vier Wänden und werden meist von ihren Angehörigen versorgt. (...) Daher wird der Bedarf nach ambulanter und stationärer Pflege durch Profis und Hilfskräfte [Hilfspersonen] weiter wachsen. Derzeit arbeiten rund 600.000 Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, unmittelbar in der Heimpflege, davon ist fast die Hälfte 50 Jahre und älter. In Prognosen wird von einer Personallücke von 307.000 Arbeitskräften bis zum Jahr 2035 ausgegangen." ¹

2.

a. Auch die Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck zeigt, dass die Zahl der Langzeit-Pflegebedürftigen prognostisch zunehmen wird ². Und dies alles vor dem Hintergrund eines bereits bestehenden Pflegepersonalmangels (der sogenannte "Pflegenotstand"), welcher auch die Hansestadt Lübeck betrifft ³.

b. Bereits 2020 erarbeitete der Beirat für Seniorinnen und Senioren der Hansestadt Lübeck folgende Eckpunkte zur Entwicklung der städtischen SeniorInneneinrichtungen (folgend SIE genannt). Diese umfassten u.a. folgende Forderungen/Empfehlungen:

- Aufgaben und Angebote gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge. Die zukünftigen pflegerischen Angebote haben sich an der demografischen Entwicklung zu orientieren.

- Die SIE sind den heutigen Ansprüchen entsprechend in Ausstattung, baulichen Anforderungen und neuen Angebotsstrukturen weiter zu entwickeln.
- Bestehende und neue pflegerische Angebote wie ambulante Leistungen, neue Wohnformen sind zu entwickeln.
- Die Pflege in der Bundesrepublik Deutschland ist, wie auch im 2. Pflegestärkungsgesetz verankert, nach dem Grundsatz ambulant vor stationär zu gestalten. Dem Pflegebedürftigen ist damit weiterhin ein Leben in häuslicher Umgebung zu garantieren. Der ambulante Ansatz ist durch alternative Wohnformen wie Altenwohngemeinschaften, Mehrgenerationen-Wohnanlagen, Altenwohnungen usw. zu ergänzen.
- Soweit Pflege in diesem Wohnumfeld nicht mehr möglich ist, ist auch in Zukunft stationäre Pflege zu gewährleisten. Die Hansestadt Lübeck ist im Rahmen der Daseinsvorsorge gehalten, im Rahmen der zu erwartenden demografischen Entwicklung für ein bedarfsgerechtes Angebot von stationärer Pflege zu sorgen." ⁴

3. Aus diesen Entwicklungen und Prognosen ergeben sich folgende abgeleitete Fragen zu folgenden Themenkomplexen:

I. Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in (Pflegepersonalmangel)

II. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (Pflegebedarf der Bevölkerung der Hansestadt Lübeck)

III. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (infrastrukturelle Ausstattung / Digitalisierung)

IV. Attraktivitätssteigerung Pflegestandort ("Pflegestadt" Lübeck)

Diese einzelnen Fragenkomplexe werden zeitlich gestaffelt (im Abstand von 4-6 Wochen) in die Bearbeitung gegeben (als insgesamt 3 Anfragen in den Ausschuss gestellt).

Teil 3

IV. Attraktivitätssteigerung Pflegestandort ("Pflegestadt" Lübeck)

Anhand der im Sozialatlas der Heinrich Böll Stiftung aufgezeigten Entwicklungen, aber insbesondere auch im Hinblick auf die Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck zeigt sich, dass der Bereich Pflege nicht nur perspektivisch mit hoher Priorität anzusehen ist. Die Hansestadt Lübeck hat zwar bereits bestehende gute Angebote, allerdings gäbe es weitere Anregungen, die den Pflegestandort Hansestadt Lübeck aufwerten würden. Hierbei gilt es (pflege)politische Impulse aufzugreifen, als auch bestehende Angebote auszubauen und den Umgang mit diesen zu reflektieren und anzupassen. Diesbezüglich möchten wir als Fraktion 21 folgende diesbezüglich stellen, bzw. entsprechende Anregungen geben:

1. Wie werden/können der duale Bachelorstudiengang Pflege und der berufsbegleitende Bachelorstudiengang Angewandte Pflegewissenschaft der Universität zu Lübeck als bisheriges Alleinstellungsmerkmal in Schleswig-Holstein beworben (werden)?
2. Laut der Pflegebedarfsplanung der Hansestadt Lübeck arbeiten im Lübecker Pflegestützpunkt zwei sozialpädagogische Fachpersonen und eine Verwaltungsangestellte ⁵. Zwar können insbesondere die sozialpädagogischen Fachpersonen inhaltlich beraten, allerdings wäre die zusätzliche pflegerische Expertise im Hauptamt ebenso wünschenswert.
3. Gibt es diesbezügliche Bestrebungen, ggf. auch in Zusammenarbeit/Kooperation mit den pflegebezogenen Bachelorstudiengängen der Universität zu Lübeck, hinsichtlich möglicher Ausschreibungen/Praktika?
4. Der Bereich "Community Health Nursing" (veraltet auch als "Gemeindeschwester" bezeichnet) wird pflegepolitisch ⁶ als auch im Wahlkampf zur Landtagswahl 2022 ⁷ breit diskutiert und als ein Lösungsansatz zur Bewältigung kommender Versorgungsprobleme angesehen. Auch in der Pflegebedarfsplanung wird im Rahmen der Pflegekonferenz darauf Bezug genommen und diese empfehlenswerterweise gefordert ⁸.

5. Gibt es Bestrebungen seitens der Hansestadt Lübeck, diesen Bereich zu forcieren und entsprechende Versorgungsmodelle/-projekte zu implementieren?
6. Laut der Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck ist zur Konkretisierung der Vision 2030 ein politischer Beteiligungsprozess zu entwickeln, z.B. in Form einer Zukunftswerkstatt oder eines regelmäßigen Begleitausschusses ⁹.

Wie ist der diesbezügliche Stand?

7. Seitens der Pflegepolitik und -wissenschaft wird seit langem die Beteiligung der Profession Pflege auf strategischer Ebene im Sinne einer "Government Chief Nurse" / Pflegebeauftragte:r gefordert. Deren Aufgabe ist es, eine wesentliche Rolle für Planung, Entwicklung, Implementierung und Evaluation von Gesundheitsstrategien einzunehmen ¹⁰. Anhand der bereits in der Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck aufgezeigten Entwicklungen und Bedarfe könnte solch eine Instanz die pflegerische Zukunft der Hansestadt Lübeck als "Pflegestadt" Lübeck entscheidend voranbringen.
8. Gibt es Überlegungen eine:n Pflegebeauftragte:n der Hansestadt Lübeck zu installieren und wenn nein, was sind die Gründe für die Ablehnung?

Quellen:

¹ Heinrich Böll Stiftung (2022). Sozialatlas. Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält, S. 40 - 41. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas_2022.pdf

² Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 80

³ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 63 ff

⁴ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 107 - 108

⁵ AOK Bundesverband 2019, S. 24 ff

⁵ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 32

⁶ Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe. Community Health Nursing. URL: <https://www.dbfk.de/de/themen/Community-Health-Nursing.php>

⁷ Wahlprogramm der SPD Schleswig-Holstein zur Landtagswahl 2022. Vor-Ort-für-Dich-Kraft. URL: <https://www.spd-schleswig-holstein.de/2022/02/10/thomas-losse-mueller-will-die-vor-ort-fuer-dich-kraft/>

⁸ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 86

⁹ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 83

¹⁰ International Council of Nurses / Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (2020). 2020 hat nur die Hälfte aller Länder Pflegebeauftragte URL: <https://www.dbfk.de/media/docs/presse/ICN-Aufruf-Government-Chief-Nursing-Officers.pdf>

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Anfrage des AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umsetzungsstand Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: VO/2023/11967**

Herr Müller-Lornsen erläutert den Antrag.

Beschluss:

2018 wurde von der Lübecker Bürgerschaft ein Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderungen beschlossen.

Der beschlossene Teilhabeplan wurde an alle verantwortlichen Fachbereiche mit der Aufforderung weitergeleitet, die konkreten Maßnahmen oder Projekte zu entwickeln, die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen und dadurch eine Umsetzung zu ermöglichen.

Hier die einzelnen Handlungsfelder:

- Kindheit, Jugend und Familie
- Schule und Bildung
- Arbeit und Beschäftigung
- Kultur, Sport und Freizeit
- Bauen, Wohnen, Verkehr
- Gesundheit und Pflege
- Handlungsbedarf in der Verwaltung und den Eigenbetrieben

Wie ist der Umsetzungsstand in den einzelnen Handlungsfeldern?

1. Welche Barrieren konnten bislang nicht behoben und warum nicht?
2. Welche Ziele konnten erreicht werden?
3. Haben sich neue Ziele ergeben? In welchem Handlungsfeld? Welche Handlungsempfehlung wurde gegeben?
4. Ist die Steuerungsgruppe aktiv und wenn ja, welche Empfehlung gibt die Steuerungsgruppe?
5. Wann wird der nächste Austausch zur Steuerungsgruppe einberufen?
6. Ist angedacht, den Teilhabeplan fortzuschreiben, wenn ja wann und wer beteiligt sich daran?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 3.3 Anfrage Frau Akyurt: Sachstand HGH

Frau Akyurt bezieht sich auf den Beschluss in der Bürgerschaft und bittet um die Erläuterung, was seit dem Beschluss passiert ist.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet von den Gesprächen mit dem GMHL, der Stiftungsverwaltung, der SIE sowie den Brandschutzexperten.

Frau Odendahl verlässt von 16.20 Uhr bis 16.24 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Müller-Lornsen fragt gezielt nach, ob eine Miet-Brandmeldeanlage eine Option wäre und hierzu Angebote eingeholt wurden und nach dem Aufnahmestopp.

Frau Senatorin Steinrücke teilt dazu mit, dass der aktuelle Sachstand dazu so schnell wie möglich mitgeteilt wird. Insbesondere zum Thema Miet-Brandmeldeanlage wird das GMHL prüfen, ob und wie eine derartige Anlage eingesetzt werden kann und welche Auswirkungen dies für die Umsetzung des Interim-Konzeptes haben wird. GMHL und Stiftung werden sich dazu abstimmen. Zum Thema Aufnahmestopp hat die Bürgerschaft zu TOP 10.24 in der Februar-Sitzung einen Beschluss gefasst. Für die März-Bürgerschaft ist ein Bericht der Verwaltung vorgesehen.

Frau Senatorin Steinrücke führt hierzu aus, dass unklar bleibt, wie das umgesetzt werden soll. Mit Wegfall des Aufnahmestopps, welches eine Auflage zur Interimnutzung bis 30.9.2023 darstellt, würde das Heim sofort geschlossen werden müssen.

Im Weiteren sprechen hierzu Herr Krause, Frau Akyurt und Herr Ratke.

Frau Akyurt beantragt das Rederecht für die Angehörigenvertretung. Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Der Ausschuss entscheidet mit 11 Ja-Stimmen, das Rederecht zu gewähren.

Frau Alheid erfragt mit welcher Platzzahl nun der Brandschutzexperte planen würde und stellt dar, das Zimmergrößen und Sozialräume anders zu betrachten wären.

Frau Senatorin Steinrücke schlägt hierzu ein Treffen mit der Angehörigenvertretung vor, um Fragen dieser Art zu begegnen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 Informationen zur Wohngeldreform

Frau Schwartz führt in das Thema zur Wohngeldreform ein.

Frau Meyer stellt anhand einer PPP Zahlen und Fakten dar, wie der Bereich Soziale Sicherung dem erhöhten Antragsaufkommen im Wohngeld begegnet.

Sie stellt insbesondere die gesetzliche Möglichkeit von vorläufigen Wohngeldbescheiden und den damit verbundenen Bedenken dar.

Herr Müller verweist auf seinen Antrag unter 7.5 zu den vorläufigen Wohngeldbescheiden und erfragt die Bearbeitungszeit von Wohngeldanträgen.

Frau Schwartz berichtet, dass 55 Arbeitstage von der Antragstellung bis zur Bescheiderteilung als Zielkennzahl festgeschrieben sind.

Herr Müller erbittet die PPP und würde dann den Antrag unter TOP 7.5 zurückziehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5 Informationen zum Mietspiegel

Herr Wulf berichtet von der Mietspiegelreform. Darin wurde festgelegt, dass alle Kommunen über 50.000 Einwohner nun verpflichtet sind, einen Mietspiegel zu erstellen. Zudem wurden wichtige Entscheidungen zum Datenschutz getroffen, so dass nun Rechtssicherheit vorliegt.

Er berichtet von der Bundestagung und von den beiden Varianten der Fortschreibung: Die Index-Fortschreibung wird angesichts der aktuellen Lage sehr kritisch gesehen und man wird in HL die Stichproben-Fortschreibung vornehmen.

Er gibt bekannt, dass es für die Fraktionen eine Beteiligungsmöglichkeit im Rahmen des AK Mietspiegel geben wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein für soziale Angelegenheiten

Der Bericht entfällt, da die Bürgerbeauftragte den Besuch kurzfristig abgesagt hat.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 DIE LINKE: Hilfsfonds für nicht selbstverschuldeten Energieschulden Vorlage: VO/2023/11798

Herr Müller wirbt für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Herr Voht erklärt, dass er den Antrag für unklar hält, insbesondere die Aufzählung der Berechtigten wird kritisch betrachtet. Zudem gibt er zu bedenken, wenn gem. Ziff. 4 der Bund oder das Land finanzielle Hilfen gewähren, wäre dieser Hilfsfonds wieder zu schließen.

Frau Akyurt zweifelt hier die Praxistauglichkeit an und sieht eine dringende Notwendigkeit für einen Fond nicht gegeben.

Frau Zeplin widerspricht, da sie sehr wohl die Unsicherheit in der Bevölkerung wahrnimmt.

Frau Senatorin Steinrücke verweist auf die Clearingstelle und das Vorhandensein der Systeme, um den Personenkreis aufzufangen; auch Nicht-Leistungsempfänger werden nicht allein gelassen.

Weiter sprechen Frau Schwartz, Frau Friemer, Herr Wulf, Herr Müller und Herr Pätou hierzu
Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Hilfsfonds für Menschen in Lübeck einzurichten, der bei nicht selbstverschuldeten Energieschulden greift.

Leistungsberechtigt sollen Menschen sein, die

- keinen Anspruch auf soziale Leistungen haben/nicht leistungsberechtigt sind
- die von Energiesperren bedroht sind
- denen auf Grund von Energieschulden eine Privatinsolvenz droht
- durch die Energieschulden von Wohnungsverlust bedroht sind
- die gezwungen wären ihre Altersvorsorge aufzukündigen

2. Der Hilfsfonds soll 200.000 Euro betragen.

3. Der Hilfsfonds soll von den Beratungsstellen der sozialen Sicherung für besondere Lebenslagen verwaltet werden.

4. Sollte es eine Hilfsleistung von Land und Bund geben, die diesem Hilfsfonds entspricht, greift diese zu erst.

5. Die Leistung ist nicht rückzahlungspflichtig.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.

**zu 6.2 DIE LINKE: Einführung eines Sozialtickets in der Hansestadt Lübeck für bedürftige Personen
Vorlage: VO/2023/11903**

Der Antrag wurde von Herrn Müller zurückgezogen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen,

ein Sozialticket für den ÖPNV für alle Einwohner:innen der Hansestadt Lübeck mit Erstwohnsitz in Lübeck die Anspruch auf Sozialleistungen(Bürgergeld, Erwerbsunfähigkeitsrente, Grundsicherung, Wohngeld etc.) haben, zum nächst möglichen Zeitpunkt einzuführen. Das Sozialticket darf nicht mehr als 9,- € kosten.

Das Sozialticket ist eine preisreduzierte Monatskarte und erlaubt die Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel in Lübeck. Das Sozialticket wird als monatlich kündbares Abo angeboten.

**zu 6.2.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2023/11903
DIE LINKE: Einführung eines Sozialtickets in der Hansestadt Lübeck für bedürftige Personen
Vorlage: VO/2023/11903-01**

Herr Müller-Lornsen bittet um die Unterstützung seines Antrages und führt zudem aus, dass es bereits in Flensburg sehr erfolgreich ein Sozialticket gibt.

Herr Candan lobt den Antrag und erklärt für die SPD, dass die SPD dem Antrag beitrifft.

Herr Voht erklärt seine Skepsis in Bezug auf Sozialtickets, findet aber den Prüfauftrag gut und tritt dem Antrag bei.

Frau Gersdorf sieht die komplett kostenlose Zurverfügungstellung kritisch und bemerkt, dass die Rentner:innen fehlen.

Frau Zeplin führt hierzu nochmal explizit an, dass gerade für Menschen mit Behinderung Fahrtkosten ein großes Thema ist und dieses auch als Mittel zur Teilhabe zu sehen ist.

Herr Dr. Lengen ergänzt hierzu, dass man damit auch den ÖPNV stärken würde und am Ende auch genug Busse eingesetzt werden müssen.

Beschluss:

*Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einführung eines Sozialtickets im ÖPNV für bedürftige Bürger*innen der Hansestadt Lübeck zu prüfen und dafür verschiedene Varianten hinsichtlich Kosten, Implementierungsdauer und -aufwand sowie Vorteilhaftigkeit und sozialer Wirkung zu evaluieren.*

Dabei sind insbesondere Varianten zu berücksichtigen bezüglich:

- *Preispunkt (z.B. 9 €, 19 €, 29 € pro Monat)*
- *Geltungsbereich (separates Ticket nur für Lübeck und oder subventioniertes 49-Euro-Ticket deutschlandweit)*
- *Gruppe der Begünstigten (SGB II, SGB III, SGB IX, SGB XII, Wohngeldberechtigte und ggf. andere)*
- *Implementierung (Flensburger Modell, Verknüpfung mit Lübeck Card oder ggf. andere)*

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft, gem. Antrag zu beschließen.

zu 7	Anträge von Ausschussmitgliedern
-------------	---

zu 7.1	Dringlichkeitsantrag AM Andreas Müller: Aufhebung eines Bürgerschaftsbeschlusses Vorlage: VO/2023/11840
---------------	--

Herr Müller stellt dar, dass der Beschluss aufzuheben ist, da z.B. bei Wegfall der HGH-Plätze eine noch größere Versorgungslücke entsteht und daher die Plätze im APH Am Behnckenhof erhalten bleiben müssen.

Frau Friemer bittet um den Sachstand i.S. Am Behnckenhof.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass es einen Eigentümerwechsel gegeben hat und der neue Eigentümer bemüht ist, die vorliegenden Mängel zu beseitigen. Er zeigt sich sprachsbereit und ist an der Fortführung des Mietvertrages interessiert.

Seitens der Stadt wurde die Mängelliste aufgezeigt und die gilt es nun abzarbeiten. Allerdings, so ergänzt Frau Senatorin Steinrücke, kann man aufgrund des bestehenden Bürgerschaftsbeschlusses nur mit „angezogener Handbremse“ Verhandlungen zum Fortbestand des Mietvertrages führen.

Hierzu sprechen im weiteren Verlauf Herr Krause, Herr Voht, Frau Gersdorf, Herr Müller, Frau Akyurt, Herr Müller-Lornsen, Frau Zeplin, Herr Candan, Herr Pätou, Herr Waden, Herr Dr. Vieler und Frau Gersdorf.

Es wird vereinbart, dass man den Sachstand zum APH Am Behnckenhof als regelhafte Information für den Ausschuss aufnehmen wird.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt der Bürgerschaft den Beschluss, Punkt 3 g) in der VO/2015/02632 „Fortsetzung des Sanierungsprozesses in den SIE“ vom 26.11.2015 aufzuheben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

**zu 7.2 Kurzfristiger Ersatz zum Heiligen Geist Hospital
Vorlage: VO/2023/11860**

Dieser Top war versehentlich auf die TO genommen worden; wurde inhaltlich bereits am 17.11.2023 beraten und beschlossen.

Beschluss:

Vorlagentext folgt!

**zu 7.3 AT - AM Michelle Akyurt (CDU), AM Dr. Grohmann (CDU), AM Henning Stabe (CDU), AM Volker Nehrhoff (CDU): Koordinierungsstelle für einen Wohnungstausch/-wechsel Groß gegen Klein
Vorlage: VO/2023/11953-01**

Frau Akyurt bittet um die Zustimmung zu diesem Antrag.

Herr Müller unterstützt den Antrag.

Frau Odendahl fragt nach, wie die Umsetzung erfolgen soll.

Herr Voht stellt dar, dass er grundsätzlich keine Bedenken gegen die Idee hat, aber zweifelt an, dass dieses beim Wohnraummangel helfen wird.

Frau Odendahl verlässt den Sitzungsraum von 18.10 Uhr bis 18.14 Uhr.

Herr Nehrhoff stellt dar, dass jeder Tausch hilfreich sein kann und hält eine Ansprechstelle für notwendig.

Herr Candan hält diese nicht für zielführend und lehnt für die SPD den Antrag ab. Senior:innen wollen oft in ihrem gewohnten Umfeld bleiben.

Frau Steinrücke fragt nach, wo die Stelle angesiedelt werden soll. Hierauf entgegnet Frau Akyurt, dass dieses in den gegebenen Strukturen einzupflegen ist.

Frau Beisiegel-Röhl verlässt um 18.20 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Müller-Lornsen befürwortet den Antrag und verweist hierzu auf die erfolgreiche Tauschaktion „Führerschein gegen Fahrschein“.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Frau Beisiegel-Röhl ist ab 18.24 Uhr wieder anwesend.

Beschluss:

Der Wohnungsmarkt in Lübeck ist weiterhin sehr angespannt und für viele Menschen ist es schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Angesichts dieser Wohnungssituation gilt es neben dem Bauen von bezahlbarem Wohnraum, auch den Wohnungstausch/-wechsel zu fördern.

Aufgrund veränderter Lebenssituationen gibt es zunehmend Senioren- und Singlehaushalte, die sich verkleinern wollen, gleichzeitig suchen viele Familien größere Wohnungen. Hier ist die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für einen Wohnungstausch/-wechsel sinnvoll und zielführend.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Prüfbericht zu erstellen, in dem aufgezeigt wird, wie in bestehenden Strukturen – beispielsweise in das Konzept „Leben und Wohnen im Alter“ – eine Koordinierungsstelle für Wohnungstausch/-wechsel integriert werden kann. Zu prüfen ist auch, wie der Verein Wohnen im Alter e.V. und die von ihm betriebene Wohnberatungsstelle am Kolberger Platz 1 sowie die Nachbarschaftsbüros als Multiplikatoren wirken können.

Der Bericht ist dem Sozialausschuss in der Sitzung am 11. Juli 2023 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	0
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich an.

zu 7.4 AT - Dringlichkeitsantrag AM Dr. Grohmann (CDU), AM Akyurt (CDU), AM Sta-be (CDU), AM Nehrhoff (CDU), AM Müller-Lornsen (Bü90/Grüne): Informationen über aktuellen Umsetzungsstand "Weiterbetrieb HGH"
Vorlage: VO/2023/11970-01

Der Ausschuss beschließt eine ständige Präsenz auf der TO des Ausschusses für Soziales.

Beschluss:

Der Punkt „Weiterbetrieb HGH“ wird bis auf Weiteres als eigenständiger TOP auf die Tagesordnung aller kommenden Sitzungen des Ausschusses für Soziales aufgenommen. Die Sozialsenatorin wird gebeten, dort regelmäßig über den aktuellen Umsetzungsstand des Bürgerschaftsbeschlusses zu berichten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt einstimmig gem. Antrag.

zu 7.5 AM Andreas Müller (DIE LINKE): vorläufige Wohngeldbescheide Vorlage: VO/2023/11828

Antrag wurde bei TOP 3.4 zurückgezogen

Beschluss:

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Die Lübecker Wohngeldstelle der Hansestadt Lübeck wird angewiesen, die Wohngeldanträge vorübergehend nur überschlägig zu prüfen und umgehend mit der Ausstellung vorläufiger Wohngeldbescheide zu beginnen.

zu 8 Verschiedenes

Herr Dr. Lengen berichtet von der Einladung der Lübecker Stadtmütter, die auch ausgelegt wurden.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 18.37 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 18:40 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Dr. Lengen berichtet, dass man einen Informationen zum Vergabeverfahren bekommen hat und schließt die Sitzung um 18.50 Uhr.

Lübeck, den 21. April 2023

Dr. Marke Lengen
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung